

## Beschluss des Beirates Gröpelingen

### Fachausschuss Kinder, Bildung, Sport und Kultur

#### **Ungleiches muss ungleich behandelt werden**

Der Fachausschuss fordert die Senatorin für Kinder und Bildung zum wiederholten Male auf, eine deutlichere Ausrichtung der Verteilung der Bildungsressourcen anhand der sozialen Lagen in den Stadtteilen vorzunehmen.

#### Begründung:

Der Fachausschuss Bildung des Beirates Gröpelingen sieht sich konfrontiert mit einer zunehmend problematischer werdenden Bildungssituation in Gröpelingen. Die verschiedenen für Bildung verantwortlichen Einrichtungen können eine gerechte echte Bildungsteilhabe nicht oder kaum gewährleisten. Mit großer Besorgnis erleben wir, wie prekäre soziale Lagen, Fachkräftemangel und desolate Ausstattung vor allem Kindern und Jugendlichen eine angemessene soziale, kulturelle, politische Teilhabe erschweren. Junge Menschen in Gröpelingen haben in signifikanter Weise schlechtere Bildungschancen als Gleichaltrige in wohlhabenderen Stadtteilen.

Am 27.6.2022 hat sich der Fachausschuss Bildung mit Vertreter\*innen der Gröpelinger Bildungslandschaft ausgetauscht und dringenden Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft (Kitas, Schulen, Weiterbildung, nicht-schulische Bildung etc.) identifiziert.

Dies wurde im gemeinsamen Positionspapier „Bildung von der Peripherie her denken“ festgehalten.

Der Fachausschuss Bildung stellt sich hinter die Forderungen des Papiers „Bildung von der Peripherie her denken“.

Er fordert die Senatorin für Kinder und Bildung und die bildungspolitischen Sprecher\*innen aller Fraktionen der Bürgerschaft auf, die Forderungen aufzugreifen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Im Hinblick auf die anstehenden Bürgerschaftswahlen im kommenden Jahr fordert der Ausschuss die bildungspolitischen Sprecher\*innen auf, sich in den Wahlprogrammen und in den dann anstehenden Koalitionsverhandlungen eindeutig auf der Seite der benachteiligten Stadtteile zu positionieren.

(Beschluss einstimmig gefasst auf der Sitzung des Fachausschusses am 01.02.2023)